

Meinhard Creydt

Die Vergesellschaftung, die den Kapitalismus nicht nur überwinden will, sondern kann

Weit verbreitet ist die Meinung, sollte es im unwahrscheinlichen Falle zu einer nachkapitalistischen Gesellschaft kommen, dann wäre ihre Existenz sicher nicht von langer Dauer. In der Bevölkerung werde es nicht genug Interessen, Motive und Fähigkeiten geben, um eine solche Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Die bewusste Gestaltung der Gesellschaft durch ihre Mitglieder überfordere sie. Ohne Konkurrenz und Privateigentum mangle es „der breiten Masse“ an Leistungsmotivation. Infolge der Arbeitsteilung und der Aufsplitterung von „Betroffenheiten“ und Aufmerksamkeiten sowie auf Grund der gegenseitigen Intransparenz der verschiedenen Bereiche entstehe keine ausreichende Bereitschaft der disparaten Szenen, ihre jeweiligen Spezialthemen und deren (postmodern gefeierte) Differenzen zu überschreiten. Solche Annahmen über die Unwahrscheinlichkeit einer nachkapitalistischen Gesellschaft lähmen in der Gegenwart diejenigen sozialen Initiativen und Bewegungen, die sich gegen die bestehende Gesellschaft richten könnten. Insofern ist ein Nachdenken über die nachkapitalistische Vergesellschaftung keine luxuriöse Angelegenheit einer fernen Zukunft, sondern erweist sich bereits heute als not-wendig.

1) Aufschluss über die nachkapitalistischen Mentalitäten lässt sich nur gewinnen, indem wir uns den gegenwärtigen Tendenzen und Kräften zuwenden, die – wenn überhaupt – zur Überwindung des Kapitalismus beitragen können. Zu nennen sind exemplarisch:

a) arbeitsinhaltliche Bedürfnisse: Viele haben professionelle Kompetenzen und Qualifikationen und erfahren (z. B. in der Landwirtschaft und im Gesundheitswesen), wie die herrschenden Verhältnissen gute Produkte oder Dienstleistungen nicht zulassen.

b) das sich ausbreitende Bewusstsein für den Widersinn eines Wirtschaftswachstums, das immer mehr schädlicher Gebrauchswerte (Landwirtschaft, Ernährungsindustrie u. a.) oder schnell verschleißender bedarf.¹

c) An den Themen Care und Ökologie entstehen massive Vorbehalte gegen das Primat mehrwertproduktiver Tätigkeiten zulasten von Tätigkeiten, die keinen Mehrwert schaffen.

d) Die Aufmerksamkeit der Individuen weitetet sich aus, wenn Arbeitende sich damit beschäftigen, welche Folgen ihre Produkte oder Dienstleistungen für die Entwicklung der Kunden haben.

Umgekehrt entwickelt sich eine Aufmerksamkeit von Konsumenten dafür, welche nicht im Preis auftauchenden „Opfer“ die Arbeit zur Erstellung eines Gutes den Arbeitenden abverlangt, so dass die Frage entsteht, ob der Konsumnutzen die entsprechenden Effekte des Arbeitens auf die Arbeitenden „wert“ ist. (Laut Schätzung von Verbraucherzentralen gehören 10-20% der

Bevölkerung zu wertorientierten Konsumenten. Sie interessieren sich nicht nur für das unmittelbare

¹ Umfassenden Überblick bietet die 2013 erschienene Studie „Geplante Obsoleszenz“ von Stefan Schridde und Christian Kreiß. „Müssten die Verbraucher nicht ständig neue Produkte kaufen, weil die alten zu früh kaputtgehen, blieben ihnen im Jahr 100 Milliarden € übrig“ (Süddeutsche.de, 20.3.2013).

Konsumgut, sondern auch für soziale und ökologische Kontexte des Arbeitens und Konsumierens.) Schließlich kann sich bei Arbeitenden und Konsumenten ein Bewusstsein dafür entwickeln, welche Folgen das Arbeiten und der Konsum für diejenigen hat, die von beidem mittelbar betroffen sind. In der Bevölkerung entsteht eine neue soziale Vernetzung quer zu Gesichtspunkten der Kapitalakkumulation.²

e) Angesichts der Erfahrungen, dass Preise unterkomplexe Informationskonzentrate sind und Nichtquantifizierbares nicht darstellen können, steigt der Bedarf danach, mit qualitativen Indikatoren zu operieren. Vgl. z. B. das MIPS als (Material-Intensität Pro Serviceeinheit) und den DGB-Index „gute Arbeit“. Zugleich entwickelt sich eine Informationsinfrastruktur, die die qualitativen Wirkungen und Voraussetzungen von wirtschaftlichen Aktivitäten und Angeboten vergegenwärtigt und Grundlagen zur öffentlichen Beurteilung schafft. Beispiele dafür sind: Produktlinienanalysen, Umweltbilanzen, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Technikfolgeabschätzung. „Konzepte eines ‚nicht-finanziellen‘ Rechnungswesens“ bzw. „mehrdimensionaler Erfolgskonzepte“ gewinnen an Bedeutung (Pfriem 2011, 188). Organisationen entstehen, die die Aktivitäten von Unternehmen beobachten und entsprechende Öffentlichkeit schaffen. Beispiele sind food-watch und die „Coordination gegen Bayer-Gefahren“ (in Auseinandersetzung mit dem weltweit agierenden Konzern Bayer).

f) Auseinandersetzungen um die charakterlichen Kosten des „Erfolgs“. Es gibt viel Kritik am „Fachidioten“, am Konkurrenzsubjekt und am Verkäufertyp. Günstigenfalls breiten sich Vorbehalte aus, denen zufolge die gegenseitige Ausgrenzung per Privateigentum sowie die Gleichgültigkeit wg. Privatinteresse und Konkurrenz als unentwickelte Formen der Vergesellschaftung gelten. Das betrifft auch die Problemvermarktung, die den Fortbestand von Problemen nutzt, um unter seiner Voraussetzung Produkte zur vermeintlichen Kompensation anbieten zu können. An verschiedenen Stellen des gesellschaftlichen Gefüges entsteht die Frage, ob diejenigen Fortschritte, die eindimensionalen Maßstäben (der modernen Effizienz und der kapitalistischen Profitsteigerung) folgen, sich für die Entfaltung des guten Lebens „lohnen“. Das Verständnis dessen verändert sich, was als Reichtum, was als sinnvolle Sozialität, was als „schwache“ und was als „starke Demokratie“, was als gelingende individuelle Existenz gelten kann. Auch hier handelt es sich um Bedürfnisse, in denen das Individuum (das Besondere) um seiner eigenen qualitativen Entwicklung willen ein Interesse an einem bestimmten, das gute Leben erst konstitutiv ermöglichenden Zustand der gesellschaftlichen Strukturen hat, also am „Allgemeinen“. Ein neues übergreifendes Paradigma entsteht aus den verschiedenen Auseinandersetzungen, fördert ihre Konvergenz und vertieft das Selbst- und Weltverständnis der Beteiligten. (Für eine eingehendere Analyse der Tendenzen und Trends, Ansätze und Bewegungen, die für eine grundlegende Gesellschaftstransformation relevant

² Die Verschränkung der Interessen und Bedürfnisse von Arbeitenden und „Kunden“ ist Thema z. B. in Bündnissen für mehr Personal im Krankenhaus. Weiter gehen die französischen „*Sud-Gewerkschaften*“. Vgl. dazu die lesenswerten Artikel des früheren Mannesmann-Betriebsrats Werner Imhof (2002, 2005).

sind sowie der entsprechenden „radikalen“, aber alltäglichen Bedürfnisse vgl. Creydt 2014, 35-145). Die soziale Basis der Transformation setzt sich zusammen aus verschiedenen Bewegungen, die so etwas wie ein politisches „Netzwerk des guten Lebens“ bilden. Zum Thema wird, wie Menschen immer schon faktisch auf vermittelte Weise auf die Subjektivität anderer Menschen einwirken:

- indem sie bestimmte Güter mit bestimmten Aufforderungs- und Ermöglichungsgehalten herstellen,
- indem i m Arbeiten selbst sich eine bestimmte Subjektivität entwickelt,
- indem mit der Art und Weise des Wirtschaftens bestimmte Sozialbeziehungen einhergehen, die ihre Auswirkungen auch auf das sog. Privatleben haben,
- indem diese drei Momente eine bestimmte Sorte von Konsum nahelegen und dieser wiederum Rückwirkungen hat. Diese Bildung der Subjektivität, die im Kapitalismus bereits unbewusst und verzerrt passiert, gilt es sich bewusst zu machen und sie gesellschaftlich zu gestalten. Das macht den Übergang vom Bruttosozialprodukt zu so etwas wie einem Psychosozialprodukt aus.

2) Die in (1) genannten Perspektiven lassen sich zusammenfassen in einem Leitbild des guten Lebens im Sinne von ‚Praxis‘. ‚Praxis‘ integriert die verschiedenen Prozesse der Bildung menschlicher Sinne, Fähigkeiten und Reflexionsvermögen, die i n Arbeiten und Tätigkeiten, a n Arbeitsprodukten und Dienstleistungen, i n Sozialbeziehungen und i n der öffentlichen Erwägung und Beratung über die sinnvolle (s. § 3) Vernetzung der verschiedenen Arbeiten, Gegenstände und Bereiche stattfindet. Dieses neue Paradigma einer Bildung, die nicht einer von der Produktion und Reproduktion getrennten „Kultur“ überantwortet wird, analysieren wir in Creydt 2014, 167-210, in Creydt 2016, 155-197 und in Creydt 2017, 146-175. (Gezeigt wird dort, in welcher bestimmten Ordnung die genannten Momente von ‚Praxis‘ zueinander stehen.) Die Dimension des im Sinne von ‚Praxis‘ verstandenen guten Lebens, die zuerst bei Marx in den „Pariser Manuskripten“ zum Thema wurde, übersteigt den ökonomischen und politischen Horizont, ohne ihm in einer fiktiven Seele/Körper- oder Innen/Außen-Trennung zu opponieren. (Dies findet häufig in der Rede von „Sein statt Haben“ statt und in bildungsbürgerlichen und esoterischen Kultivierungen der Subjektivität.) Der Reichtum, um den es in dieser nachkapitalistischen Gesellschaft geht, unterscheidet sich vom Reichtum in der bürgerlichen bzw. kapitalistischen Gesellschaft nicht allein durch seine Quantität und Verteilung. Heute bildet die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten und Sinne, Reflexionsvermögen und Sozialbeziehungen das Anhängsel und Nebenprodukt der gesellschaftlich herrschenden Form des Arbeitens, der Gegenstände und der Sozialstrukturen. In einer nachkapitalistischen Gesellschaft findet der Reichtum in der Entwicklung der sinnvoll (s. § 3) aufeinander bezogenen menschlichen Vermögen sein Kriterium. Das skizzierte Leitbild unterscheidet sich vom produktivistischen Leitbild, bei dem die Leistungseffizienz im Mittelpunkt steht.

3) Die im Sinne von „Praxis“ verstandene Lebensqualität in der anstrebenswerten nachkapitalistischen Gesellschaft bildet das übergeordnete Kriterium zur Beurteilung von Betrieben und Organisationen. Die Orientierung am Gebrauchswert steht über der Orientierung am Tauschwert und die Orientierung am „Lebenswert“ (Ruskin)³ oder der Lebensqualität im Sinne von ‚Praxis‘ über der Orientierung am Gebrauchswert. Dem Modell der bürgerlichen Gesellschaft zufolge bildet das Gemeinwohl das sich primär spontan, hinter dem Rücken der Beteiligten ergebende Resultat von Leistungen, deren Erbringung sich jeweils am partikularen Interesse orientiert und die von anderen, ebenso Vorgehenden nachgefragt werden. Gutes Leben im Sinne von ‚Praxis‘ weist ein anderes Modell des Verhältnisses zwischen Besonderem und Allgemeinem auf. Es beinhaltet keine totalitäre Vorstellung, die das Allgemeine dem positiven Bezug auf das wohlverstandene Wohl des einzelnen Individuums (das Besondere) entgegensetzt („Du bist nichts, Deine Gesellschaft, Dein Volk, Deine Klasse oder Deine Rasse ist alles.“) In der öffentlichen Erwägung und Beratung („deliberative Demokratie“ – der „partizipative Haushalt“ ist eine ihrer bekanntesten Konkretisierungsformen) wird vergegenwärtigt, was das Arbeiten, die Angebote und die Bedürfnisse mit Menschen „machen“. Die Frage nach dem ‚Sinn‘ unseres Tuns und Arbeitens bezieht sich auf die indirekten Effekte der Produkte bzw. Vor- und Hilfsprodukte, an deren Produktion wir beteiligt sind. (Analoges gilt für Dienstleistungen.) Institutionen lassen sich angeben, die die Ausweitung der Aufmerksamkeit für die Voraussetzungen und Folgen der einzelnen Handlungen (also für die Auswirkungen des jeweiligen Besonderen) fördern (vgl. § 1.d). An den Betrieben und Organisationen wird die durch sie praktizierte Sozialisation der Beteiligten und Betroffenen zum Thema. Szenarien zeigen, wie sich Technologien, Produkte und Dienstleistungen auf die Lebensqualität der Individuen auswirken und auf die Gestaltung der Gesellschaft durch die Bevölkerung. („Effizientes Wirtschaften“ und „Demokratie“ sind nicht notwendigerweise gleichsinnig.) Unter der Voraussetzung qualitativer Indikatoren lassen sich Bilanzen entwickeln, die vergegenwärtigen, inwieweit Betriebe und Organisationen sozial sinnvolle Produkte und Dienstleistungen schaffen, in ihnen gute Arbeitsbedingungen existieren usw. Weisen Unternehmen und Organisationen in dieser Bilanz negative Werte auf, so wirkt sich das auf die Auftragsvergabe, auf Kredite, Steuern und Subventionen nachteilig aus. Das übergreifende neue Leitbild der nachkapitalistischen Gesellschaft durchdringt die Produktion, Reproduktion, Zirkulation und Konsumtion, ohne damit massive Konflikte zwischen den Anhängern des Leitbildes und den Vertretern der zu ihm divergenten „Eigenlogiken“ der Effizienz und Produktivität sowie der funktionierenden Vernetzung der ökonomischen Elemente (s. §§ 5b, 5c, 7) aufheben zu können. Im Unterschied zur bisherigen Werbung für den „Sozialismus“ ist es erforderlich, die Widersprüche in der nachkapitalistischen Gesellschaft klar zu benennen.

³ Christine Ax (2009) beschreibt den Unterschied der anzustrebenden „Könnensgesellschaft“ zur Industrie-, Konsum- und Wissensgesellschaft.

4) Wie kann unter nachkapitalistischen Bedingungen die Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse durch die Bevölkerung aussehen? Leider wird bei vielen Konzepten nicht deutlich, wie sich Einwände beantworten lassen. Die Anhänger entsprechender Modelle vermögen dann oft nur den Bekehrten zu predigen.

a) Die Probleme der auch von Anders (2019) beschworenen Rätedemokratie sind z. B. von Kevenhörster 1974 systematisch beschrieben worden und waren zuletzt auch Thema in Diskussionen um die Probleme von liquid democracy. Ich greife einige Probleme exemplarisch heraus: In basisdemokratischen Entscheidungsverfahren stellt sich das Problem des Zeitaufwandes und der Überforderung von Verarbeitungskapazitäten, Kommunikationsfähigkeiten und Aufmerksamkeitsspannen der Individuen. Wenn der Satz gilt „Selbstverwaltung heißt nicht Aufgabe des Delegierungsprinzips“ (Mandel 2000, 211), dann haben wir es schon bei einem 100.000 Einwohner umfassenden Gemeinwesen mit einer mehrstufigen Delegation zu tun und mit einer Komplexität, die basisdemokratische Überschaubarkeit und Kontrolle infrage stellt. Es entstehen Partizipationseliten und Profis der „Selbstverwaltung“. Konzepte für die institutionellen Formen der gesellschaftlichen Debatten und Entscheidungsprozesse sind mit dem Wirrwarr der sich überschneidenden Zuständigkeitsbereiche verschiedener Gremien konfrontiert sowie mit einem hohen Abstimmungsaufwand zwischen ihnen. Die Zunahme von demokratischen Prozessen erhöht die Menge an Aushandlungsprozeduren. Die Zahl der Schnittstellen vergrößert sich und damit der Umfang von Organisationen, die die Prozesse vor- und nachbereiten. Strittig ist bereits oft, welcher Personenkreis bei welcher Abstimmung abstimmungsberechtigt sein soll. Wer sich von höherer Transparenz mehr Demokratie verspricht, sieht davon ab, dass erst „Information in Wissen und Wissen in politisches Urteil überführt werden“ muss (Baumann 2014, 406). Für diese Verarbeitung ist wiederum (Vor-)Wissen vorausgesetzt. Zum Problem wird die Informationsüberflutung. „Wenn die Informationsflut derart anschwillt, dass eine Entdeckung politischer Normverstöße nicht mehr zu befürchten ist, greift das Prinzip Öffentlichkeit ins Leere. Bei voller Transparenz wird die Politik in gewisser Weise also eher opak“ (Ebd., 405).

b) Wer heute (wie Anders 2019) für gesamtgesellschaftliche „Planwirtschaft“ eintritt, steht vor folgenden Problemen:

- Wie lässt sich die Überforderung der Planung mit der Bilanzierung und Erfassung der Milliarden verschiedener ökonomischer Beziehungen vermeiden? Bei 2 Mrd. liegt die von DDR-Experten genannte niedrigste Zahl der ökonomischen Beziehungen, die für die Jahresplanung in der Zentralen Planwirtschaft zu erfassen waren (Mai 2006, 9).
- Wie lässt sich die für die Planung vorauszusetzende Treffsicherheit von wirtschaftlichen Prognosen sicherstellen, wenn die Komplexität der in sie eingehenden Faktoren die Komplexität von Wetterprognosen weit übersteigt? Der Fortschritt besteht trotz modernster Messungsmethoden und großer Rechnerkapazitäten darin, dass vor 30 Jahren sich das Wetter einen Tag voraus

vorhersagen ließ, jetzt drei Tage (Pappenberger, Cloke 2019, 17).

- Wie ist mit dem Problem umzugehen, dass eine gesamtgesellschaftliche Planung die Autonomie der einzelnen Betriebe und Organisationen stark einschränkt (infolge z. B. von Zentralisierung der Gewinne und straffen Vorgaben und Normierungen)? Ein analoges Problem stellt sich im Verhältnis zwischen der Autonomie ausdifferenzierter Bereiche und gesamtgesellschaftlicher „Kontextsteuerung“ (vgl. Willke 1997, 88f.).

- Die Planaufstellung inklusive Plandiskussion ist ein arbeitsreicher, kosten- und zeitaufwendiger Prozess. Das begrenzt die Anpassungsflexibilität einer Planwirtschaft. „Auch in einer zentral geplanten Volkswirtschaft existieren sog. exogene Variablen und Ereignisse, die nicht geplant, vorhergesehen und beeinflusst werden können. (Schon Wilhelm Busch wusste: „Stets findet Überraschung statt, da wo man's nicht erwartet hat“ – Verf.) Wenn solche ungeplanten Einflüsse an irgendeiner wichtigen Stelle die Planerfüllung unmöglich machen, pflanzt sich dieser Effekt gemäß der Verflechtungsmatrix durch die gesamte Volkswirtschaft fort. Der Plan bricht zusammen“ und „Betriebsleiter verfügen nunmehr über eine unwiderlegbare Entschuldigung für weitere Planabweichungen“ (Kleinewefers 1985, 427).

- Die Masse der Informationen legt nahe, dass mit hoch aggregierten Größen geplant wird, bei denen relevante, dezentral vorhandene Informationen unter den Tisch fallen. Die daraus resultierenden vereinfachten Modelle bilden die Realität nur unzureichend ab und führen zu in sich nicht stimmigen Plänen. Wie geht die Planwirtschaft mit dem Problem der Verstreuung des Wissens um? Infolge der Arbeitsteilung und der Ausdifferenzierung der Gesellschaftsbereiche, des Wissens, der Kompetenzen und Erfahrungen übersteigt die Summe der den einzelnen Individuen präsent (in einem weiten Sinne verstandenen), aber eben verstreuten Wissensbestände bei weitem das Wissen, das von einem wie auch immer gearteten Zentrum sammel- und integrierbar ist.

- Wie wird mit dem Problem umgegangen, dass sozialpolitische Maßnahmen wie z. B. die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln nichtintendierte, volkswirtschaftlich verschwenderische Effekte hervorbringen, wenn z. B. das preiswerte Brot als Viehfutter verwendet wird?

- Gegner der gegenwärtigen Verhältnisse setzen gern gegen die vermeintliche „Herrschaft der Sachzwänge“ die „Freiheit der politischen Gestaltung“. Wie wird vermieden, die „innerökonomischen“ Wechselbeziehungen und Rückkopplungsverhältnisse (z. B. zwischen Ausgaben und Einnahmen, zwischen Ausgaben für Konsum und für Investivgüter oder zwischen einander ausschließenden Verwendungsweisen von Produktionsmaterialien und Maschinen) zugunsten eines politischen Subjektivismus und Voluntarismus („Politizismus“) zu übergehen? Als Extrem kann das seinerzeit von vielen westlichen Linken bewunderte Vorgehen Maos gelten, ab dem „Großen Sprung“ im Unterschied zur „technokratischen“ SU „die Politik überall an die erste Stelle zu setzen“. Nun ein weniger extremes Beispiel für den Politizismus: Hans Thie schlägt in seinem (nicht unsympathischen) Buch vor, in einem Volksentscheid u. a. über die Frage

abzustimmen „Soll die Arbeitslosigkeit abgeschafft werden?“ (Thie 2013, 149). Gewiss lässt sich politisch beschließen, dass der Heizer der früheren Dampflok auch auf der E-Lok mitfährt. Eine Beschäftigungsgarantie sorgt dafür, dass Leute in Betrieben sind, aber nicht dafür, dass ihre Arbeitsfähigkeiten realiter in der Ökonomie Verwendung finden – vgl. die hohe verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR.

Die der Planwirtschaft immanenten Probleme zeigten sich in der SU erst in dem Maße, wie die Wirtschaft differenzierter und intern vernetzter wurde. Eine Demokratisierung, so wünschenswert sie politisch ist, würde Abstimmungen und Aushandlungen sowie die Zahl der zu berücksichtigenden Aspekte ausweiten und die Überlastung der Planwirtschaft durch Komplexität erhöhen. In SU und DDR trugen „Konstruktionsfehler“ (und nicht allein auf äußere Umstände oder zu geringe Demokratisierung zurückführbare Probleme) der Planwirtschaft zu ihrem Misslingen bei (vgl. Masuch 1981).

Weit verbreitet (auch bei Schäfer 2019) ist der Fehlschluss, den Erfolg der Planung großer Konzerne unter Marktbedingungen als Beleg für das mögliche Gelingen gesamtgesellschaftlicher Planung zu werten, die den Markt ablösen könne. Beide Sorten von Planung haben aber völlig verschiedene Aufgaben und Voraussetzungen. Die Koordination der Betriebe und Zulieferer im Konzern, sein Sich-Einstellen auf die zu erwartende Konjunktur und seine Strategie in der Konkurrenz stellen ihn vor ganz andere Probleme als eine gesamtgesellschaftliche Planwirtschaft. Die Planung eines Akteurs im Markt „plant“ den Kurs eines Boots im Meer des Marktes. Die makroökonomische Planung müsste all das bilanzieren, proportionieren und bewusst dirigieren, was vormals der Markt auf seine Weise durch hinter dem Rücken der Beteiligten entstehende Preise reguliert. Qualitativ verschiedene Gesellschaftsbereiche gilt es miteinander zu vermitteln. Die Wechselbeziehungen und die zu vermeidenden nichtintendierten Folgewirkungen und Eigendynamiken haben eine Größenordnung, die sich in ihrer Quantität so von Konzernplanungen unterscheidet, dass Quantität in Qualität umschlägt.

c) Föderalismus und Dezentralisierung: J.-F. Anders schreibt, die Frage, ob „ein patientengerechtes Krankenhaus einzurichten wäre oder ob die Expansion eines Produktionszweiges sinnvoll wäre, das, scheint mir, (ist) eine Frage, die vernünftigerweise zu entscheiden wäre von den jeweils Betroffenen, also von den Bewohner*innen eines Stadtteils, einer Gemeinde usw. – und zwar in örtlichen bzw. regionalen Räte-Organisationen. Für die Lösung solcher Aufgaben ist eine Plan-Zentrale – scheint mir – überhaupt nicht erforderlich“ (Anders 2019, 11). Gewiss will niemand alles zentralisieren. Aber: Manche Regionen weisen gute Böden für Landwirtschaft auf, andere nicht. Warum bedarf es keiner Regelungen, die das gesamte Land betreffen und z. B. regionale Ungleichheiten vermeiden (in Bezug auf Produktionszweige und medizinische Versorgung)?

Anders' Rede von „den jeweils Betroffenen“ ist eine Leerformel. Mit ihr lässt sich keinerlei Antwort finden auf die Frage, wer bspw. über das Bahnhofprojekt „Stuttgart 21“ abstimmen soll: Die von der Baustelle betroffenen Einwohner Stuttgarts, die Nutzer der betroffenen Bahnlinien, die Steuerzahler, die für das Projekt zur Kasse gebeten werden? Wir finden drei ganz verschiedene Gruppen von „jeweils Betroffenen“ vor mit recht unterschiedlichen Interessen. (Zu weiteren Problemen von Dezentralisierung vgl. Creydt 2018.)

d) „Computersozialismus“: Planwirtschaft hat Anhänger, die der These folgen, mit modernen Rechnerkapazitäten seien die wirtschaftlichen Relationen leicht zu ermitteln. Unter Voraussetzung der dichten Vernetzung der verschiedenen Arbeiten und Tätigkeiten untereinander und mit Vorleistungen und dem allgemeinen Wissensstand lässt sich die in den jeweiligen Produkten verkörperte notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit nicht errechnen (vgl. dazu Creydt 2019, 43f.). Zu Marx' Kritik an entsprechenden Vorstellungen von Proudhon und der mangelnden Rezeption dieser Kritik in der frühen SPD vgl. Weiß 2009, 44-55. Die Ermittlung von Arbeitszeiten mutet „in dem Maße“ als anachronistisch und widersinnig an, „wie die große Industrie sich entwickelt“ und „die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig (wird) weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die [...] selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet“ (Marx 1974, 592). Von den gestiegenen Möglichkeiten, große Datenmengen zu berechnen, wird zweitens in Computereuphorie irrtümlich auf die Berechenbarkeit von Gesamtzuständen geschlossen. Bereits am Beispiel der Wettervoraussage (vgl. § 4b) wurde auf die Grenzen dieser Berechenbarkeit hingewiesen.⁴ Drittens ist eine (Computer-) technische Lösung keine Antwort auf das Problem der Weitergabe von Informationen. Sie findet in keinem von Interessen freien Raum statt. Die gesamtgesellschaftliche Planung ist angewiesen auf die Informationen der einzelnen Betriebe. Diese können sich ihre Arbeit erleichtern, indem sie ihr Leistungsvermögen zu gering angeben. In Verhandlungen über die Wirtschaftspläne wurde in SU und DDR regelmäßig mit gezinkten Karten (selektiven oder falschen Informationen) gespielt. Viertens herrscht im Computersozialismus Begeisterung darüber, das bisherige Auseinanderfallen (s. § 4b) von Planung (inkl. entsprechenden Berechnungen) und den realen Wirtschaftsprozessen durch Rechner lösen zu können. Unklar bleibt das Verhältnis zwischen dem Ziel „Wir berechnen

⁴ Es handelt sich um „offene Systeme, die durch seltene, unvorhersehbare Ereignisse beeinflusst werden, um Systeme mit nichtlinearen Zusammenhängen multipler Faktoren. Die klassische Naturwissenschaft gelangt hier oft nur schwer zu Aussagen“ (Bechmann, Gloede 1991, 127f.). „Die mathematischen Modellformulierungen von komplexen technischen und naturwissenschaftlichen Systemen und deren Simulation auf Rechenanlagen sind mit Problemen wie Wissenslücken, unsicheren Annahmen über Größe und Zusammenhang von Parametern, schwer interpretierbaren Ergebnissen bei Modellen hoher Eigenkomplexität behaftet. In der Ungewissheit ihrer Ergebnisse unterscheiden sich diese naturwissenschaftlichen Ansätze nicht von analogen sozialwissenschaftlichen Versuchen der Analyse von Gesellschaftssystemen“ (Ebd., 136).

alles in Echtzeit“ und dem Ziel ausführlicher und umsichtiger demokratischer Beratung und Erwägung. (Vgl. dazu a. <https://keimform.de/2010/digital-ist-besser/>). Wer alles berechnen können will, muss auch alles berechenbar machen.⁵ Fünftens sind dem Computersozialismus Ambitionen eigen, die zum „Laplaceschen Dämon“ passen.⁶ Ein auf links gedrehter technokratischer Utopismus (wie bspw. bei Schaupp, Jochum 2019) präsentiert allerhand gegenwärtige Formen „kybernetischer Steuerung“, ohne sich vom Unterschied zwischen betrieblicher und gesamtgesellschaftlicher Planung sowie zwischen der Utopie kybernetischer Gesellschaftssteuerung und deliberativer Demokratie Rechenschaft abzulegen und geht nicht über imponierende technizistische Schlagworte und vage Verheißungen hinaus.

e) Zu „Peer-Ökonomie“ vgl. Mats 2017, Creydt 2018.

f) Zu überspannten Erwartungen an den 3D-Drucker, das Internet und das „Internet der Dinge“ vgl. kritisch Fischbach 2016, 162ff, 84-102, Fischbach 2017, Fischbach 2017a.

Die genannten Konzepte tragen zu einer ebenso vagen wie autosuggestiven „Es wird schon werden“-Stimmung bei. Diese Modelle legen sich wenig Rechenschaft ab von der Komplexität moderner Gesellschaften. Eine *komplexe* Materie beinhaltet sachlich, sozial und zeitlich jeweils verschiedene Ebenen, die interagieren. Bspw. stehen die Erträge, die Rücklagen und Gewinne, die Ausgaben für produktive Investitionen, für Ersatzinvestitionen, für Forschung und Entwicklung und Infrastrukturen, für das Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie der soziale und private Konsum in vielfältigen nicht-trivialen Wechselwirkungen miteinander. Zwischen den verschiedenen Momenten einer komplexen Materie kommt es zu positiven und negativen Rückkopplungen, synergetischen Effekten und Eigendynamiken. Schwellenwerte und Puffer wiegen den Betrachter in falscher Sicherheit. Auch Reaktionen mit Zeitverzögerung machen es schwer, Wirkungen Ursachen zuzurechnen. Viele zentrale Momente sind den Prognostikern, Planern und Entscheidern verborgen.

⁵ „Das automatisierte System der Leitung der Volkswirtschaft der UdSSR wird das umfangreichste und das komplizierteste Mensch-Maschine-System der Welt darstellen (Maiminas 1968, 164). Es „erfordert insbesondere den Einsatz von Psychologen und Spezialisten für die Ergonomik (Mensch-Maschine-System), um die Gewähr zu geben, dass die Arbeiten der menschlichen und der maschinellen Blöcke aufeinander abgestimmt sind, dass ihre Kommunikation und Wechselwirkung reibungslos verlaufen und die Störanfälligkeit des gesamten Systems (darunter auch gegenüber subjektiven Faktoren) sehr gering gehalten wird“ (Ebd., 162).

⁶ „Der Laplacesche Dämon ist die Veranschaulichung der [...] Auffassung, nach der es im Sinne der Vorstellung eines geschlossenen mathematischen Weltgleichungssystems möglich ist, unter der Kenntnis sämtlicher Naturgesetze und aller Initialbedingungen wie Lage, Position und Geschwindigkeit aller im Kosmos vorhandenen physikalischen Teilchen, jeden vergangenen und jeden zukünftigen Zustand zu berechnen und zu determinieren. Nach dieser Aussage wäre es theoretisch möglich, eine Weltformel aufzustellen“ (wikipedia). Dieser Vorstellung folgt bspw. Paul Cockshott („Alternativen aus dem Rechner“), wenn er meint, „die Gleichung einer Ökonomie etwa in Größe der schwedischen Wirtschaft innerhalb von ungefähr zwei Minuten lösen“ zu können (Cockshott 2008), als sei die schwedische Wirtschaft in *eine* Gleichung zu bringen.

Der jeweilige Akteur „gleicht einem Schachspieler, der mit einem Schachspiel spielen muss, welches sehr viele [...] Figuren aufweist, die mit Gummifäden aneinanderhängen, so dass es ihm unmöglich ist, nur *eine* Figur zu bewegen. Außerdem bewegen sich seine und des Gegners Figuren auch von allein, nach Regeln, die er nicht genau kennt“ (Dörner 1992, 66).

5) Für das Nachdenken über die nachkapitalistische Gesellschaft ist die Frage zentral, welche Rolle in ihr Märkte spielen.

a) Die immanenten Probleme von Märkten werden seit langem unter dem Stichwort „Marktversagen“ abgehandelt. In der nachkapitalistischen Gesellschaft verändert sich das Wirtschaften. Die Folgen sind: 1) Wegfall von Kapitalmärkten, 2) Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft, 3) Verringerung des Stellenwerts des Preismedium durch qualitative Indikatoren, 4) Veränderung der Bilanzierung (vgl. § 3), 5) gesellschaftliche Entscheidung über Proportionen (zwischen Arbeit und Konsum, zwischen öffentlicher Daseinsfürsorge bzw. öffentlichen Gütern und privatem Konsum), 6) massive Verringerung der Mehrspürigkeit (Konkurrenz) und der Diversifizierung der Güter, 7) Durchsetzung bestimmter gesellschaftlich beschlossener Standards (Qualität des Arbeitens, der Produkte usw.).⁷

b) Die Aufgaben einer modernen Wirtschaftsordnung sind, 1) Informationen zu gewinnen über Bedürfnisse, Produktionskapazitäten, Angebote und Lagerbestände, 2) sicherzustellen, dass die Informationen zu denjenigen gelangen, die sie brauchen, 3) die verschiedenen Güter und Arbeiten zueinander ins Verhältnis zu setzen (Kommensurierungsproblem), 4) Angebot und Nachfrage miteinander abzustimmen, 5) die effizienteste Art der Arbeiten und Dienstleistungen und die effektivste Weise, die Bedürfnisse zu befriedigen, zu ermitteln, 6) auf die Wirtschaftseinheiten einzuwirken, damit sie diese Zwecke erfüllen, 7) sicherzustellen, dass Steuerungssignale bzw. Anreize dort ankommen, wo sie ankommen sollen (Prozessregulation), 8) zu reflektieren und zu bewerten, in welchem Maße die einzelnen Aufgaben und ihr Zusammenspiel geleistet bzw. erreicht werden. All diese Aufgaben sind so zu erfüllen, dass dabei möglichst geringe Kosten für die Regelung, für die Informationsbeschaffung, für die Vereinbarung und andere erforderliche Transaktionen entstehen. Eine gesamtgesellschaftliche Planung hätte sich mit *diesen* Aufgaben zu beschäftigen.

Manche Linke verderben ihre Kritik an der hinter dem Rücken der Beteiligten verlaufenden und über Preisbewegungen und den Ausgleich der Profitraten regulierten Vergesellschaftung, indem sie diese Kritik verknüpfen mit Unmittelbarkeits- und Transparenzfiktionen von der

⁷ Warum Anders (2019, 12) das von Diane Elson vorgeschlagene „Amt für die Regulierung der öffentlichen Unternehmen“, das „nicht wie die Behörden in den früheren Ostblockstaaten Produktionsziele festlegen und Produktionsmaterial verteilen, sondern bestimmte demokratisch festgelegte Normen für die Nutzung öffentlicher Anlagen durchsetzen“ (Elson)“ soll (Creydt 2019, 41), mit einer zentralen Plan-Behörde gleichsetzt, ist nicht nachvollziehbar. Allgemeine Normierungen unterscheiden sich von konkreten Festlegungen (z. B. in puncto Zahl der Kraftwerke oder Zuweisungen für die Bahn).

nachkapitalistischen Gesellschaft als großes Kollektiv voller Einigkeit. Die Fiktion einer unmittelbaren Anerkennung der einzelnen Tätigkeit als gesellschaftliche Arbeit impliziert eine problematische Tendenz. Die Einheit und Unmittelbarkeit avanciert zu einer Norm, die dann gegen Störendes durchzusetzen ist (vgl. dazu Haug 1993, 136-139).

c) Es konnte bislang m. W. nicht überzeugend gezeigt werden, wie Planwirtschaft, „Computersozialismus“ und peer-Ökonomie die Informations-, Koordinations-, Rückkoppelungs- und Regulationsleistungen sowie Steuerungs- und Kommensurierungsaufgaben erfüllen, die bei einer weitreichenden und komplexen wirtschaftlichen Vernetzung (vgl. § 5b) erforderlich sind. Mit diesen Leistungen identifizieren wir ein drittes zentrales Moment der Gesellschaft, das ebenso wie das (zweite) Moment der Effizienz und Produktivität unerlässlich ist für die nachkapitalistische Gesellschaft und zugleich in Divergenz steht zum „ersten“ Moment, dem Leitbild (gutes Leben im Sinne von ‚Praxis‘). Viele Linke meinen, die Musik spiele allein in der Produktion und ignorieren die „gesellschaftliche Kombination und den gesellschaftlichen Verkehr“ (MEW 25, 593). Hier geht es darum, wie Teilprozesse der gesellschaftlichen Reproduktion „zusammengehalten“, „vereinigt“, „verbunden“ und „assoziiert“ werden (MEW 3, 50-54, 65-67, 70-75). Mit der Moderne entsteht eine „aus der gesellschaftlichen Gliederung in der Gesamtproduktion hervorgehende allgemeine Produktivkraft“ (MEW 25, 587).

d) Marktsozialisten schlagen vor, „Markt“ und „Plan“ zu kombinieren. Wollen sie die Funktionen von Märkten nutzen, so können sie nicht zugleich Märkte so politisch beschränken oder in sie intervenieren, dass diese Funktionen gefährdet werden. 1) Keine Märkte ohne Konkurrenz. Sie schließt die Freiheit für Betriebe ein, in anderen Branchen mit höheren Gewinnaussichten zu investieren. Ohne diese Mobilität der Kapitale funktionieren die Rückmeldungen des Marktes nicht. Konkurrenz fördert ein gegenüber Inhalten gleichgültiges Wachstum. 2) Subventionen verfälschen Preise und stören die Informationsfunktion der Märkte. Wird durch Sachwalter der gesellschaftlichen Allgemeinheit einzelnen Betrieben geholfen, so protestieren andere Betriebe gegen diese Begünstigung. 3) Der Marktpreismechanismus funktioniert als Informationsmechanismus nur, wenn er zugleich auch Anreiz- oder Ausschlussmechanismus ist. „So werden Nachfrager, die nicht bereit oder fähig sind, sich an höhere Preise anzupassen, ausgeschlossen oder Anbieter machen bei notwendigen Preisanpassungen nach unten aufgrund ihrer zu hohen Kosten Verluste und werden vom Markt verdrängt. Umgekehrt werden Anbieter, die bei Preissteigerungen ihre Produktion an die veränderte Nachfrage anpassen und ausdehnen, mit zusätzlichen Gewinnen ‚belohnt‘. Aufgrund solcher Gewinnchancen wird investiert und neue Anbieter dringen in den Markt ein“ (Hamel 1974, 125). Politische Eingriffe in die Marktwirtschaft sind gewiss möglich, dürfen aber, wenn Marktfunktionen intakt bleiben sollen, ein bestimmte Maß nicht überschreiten. Umgekehrt ist auch die Planwirtschaft keine „Medizin, die, in kleinen Dosen verabreicht, dieselben Wirkungen hervorbringen könnte, die man von ihrer massiven Anwendung erwarten kann. Sowohl das Wettbewerbsprinzip wie das der zentralen Steuerung werden zu

schlechten und stumpfen Werkzeugen, wenn sie unvollständig sind“ (Hayek 1991, 65f.). Mischen lassen sich Bier und Zitronenlimonade in verschiedenen Proportionen. Nicht mischen lassen sich zwei Strukturen (Markt- und Planwirtschaft), bei denen obligatorische Momente der einen Struktur die Existenz der anderen Struktur beeinträchtigen oder außer Kraft setzen.

In jeder modernen Gesellschaft herrscht die Notwendigkeit einer Proportionierung der Arbeiten, die auf die verschiedenen Arbeitszweige und Betriebe verteilt werden, und die in § 5b genannten Aufgaben sind zu bewältigen. Die Marktwirtschaft stellt kein neutrales oder technisches Mittel für diese Zwecke dar, sondern erfüllt sie, indem sie die Entwicklung des Reichtums in einer Richtung fördert, die ein Entstehen der kapitalistischen Ökonomie begünstigt. Wer Märkte in der nachkapitalistischen Gesellschaft „nutzen“ will, muss angeben, wie mit diesen Tendenzen umgegangen werden soll.

J.-F. Anders zitiert zustimmend ein Statement von Mandel, demzufolge allein der Übergang von der Warenwirtschaft zur Kapitalwirtschaft problematisch sei. An der Waren- und Geldwirtschaft gebe es solange nichts auszusetzen, wie in ihr „kein privater Erwerb von Produktionsmitteln zulässig“ ist und die Arbeitskraft nicht privat „als eine Mehrwert erzeugende Ware“ gekauft werden kann (Anders 2019, 13). Anders klammert aus, wie bereits die nichtkapitalistische Warenproduktion dazu tendiert, „das Gemeinwesen aufzulösen in einen Haufen von Privatproduzenten“ (MEW 20, 289), die sich an ihren partikularen Vorteilen orientieren und strategisch handeln. Auch für die unter dem Primat staatlicher Vorgaben stehenden Betriebe in der SU galt, wenn sie informell mit anderen Betrieben gehortete Güter tauschten: Sie versuchen, aus der Bedürftigkeit anderer einen eigenen Vorteil zu ziehen und den anderen mit seiner Abhängigkeit unter Druck zu setzen.⁸ Über das Zustandekommen des Tausches entscheidet die Zahlungsfähigkeit bzw. der Besitz an Gütern, die man selbst braucht. Negative Effekte sowie Kosten der eigenen Produktion werden externalisiert, um individuell Kosten zu sparen.

Fazit: Wir stehen vor einem Dilemma: Es gibt einerseits gute Gründe dafür, Märkte als einer nachkapitalistischen Vergesellschaftung fremd zu erachten. Andererseits bleibt trotz der in § 5a genannten Veränderungen der Wirtschaft angesichts der Probleme der Alternativmodelle zu Märkten (vgl. § 4) bislang völlig unklar, wie ohne Märkte die wirtschaftliche Vernetzung funktionieren kann. Angesichts der Widersprüche von bisherigen Konzepten, die die Einheit der Gegensätze (Märkte und die nachkapitalistische Gesellschaft) stiften wollen, erscheint es für weiteres Nachdenken unumgänglich, das Dilemma als offenes Problem zu benennen. Probleme kann nicht lösen, wer von ihnen abstrahiert.

⁸ Zur Rolle der „Tolkatschi“ („Berufsvermittler“, „Beschaffer“ oder „Schieber“) vgl. anschaulich <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40607127.html>

6) J.-F. Anders entschärft Spannungen zwischen verschiedenen Interessen und Bedürfnissen in der kommunistischen Gesellschaft mit einer sehr weitgehenden Idee. Er nimmt, Ernest Mandel zitierend, an, in der nachkapitalistischen Gesellschaft werde Knappheit als Problem nach und nach absterben (Anders 2019, 13f.). Das *künftige* Wachstum der Produktivkräfte sei die Ursache dafür, dass es *übermorgen* in der Befriedigung der *heute* bestehenden Bedürfnisse keinen Mangel mehr gebe. Stillschweigend schließt diese Annahme ein *künftiges* Wachstum der *Bedürfnisse* aus. Die Knappheit wird zudem allein auf den Konsum der einzelnen Individuen bezogen. Der Verbrauch an Schuhen und Kleidern habe, so Mandel, bereits 1987 in den „reichsten Ländern“ (Ebd., 13) „tendenziell einen Sättigungsgrad erreicht“ (Ebd., 14). Unter Bedingungen des Überflusses würden im Kommunismus auch Märkte überflüssig. Wir können jedoch bei der nachkapitalistischen Gesellschaft nicht allein eine Vergrößerung des Vorrats an finanziellen Mitteln infolge des Wegfalls kapitalismusspezifischer Verschwendungen annehmen. Erwartbar ist ein Mehraufwand für bislang im Kapitalismus infolge des Verwertungsimperativs stiefmütterlich versorgte oder aschenputtelmäßig verkümmerte Bereiche. J.-F. Anders hält die Existenz von Knappheit in der nachkapitalistischen Gesellschaft für kein reales Problem, sondern für ein ideologisches. Letzteres verdanke sich einzig und allein der irrigen Vorstellung, dass „die menschlichen Bedürfnisse nun mal unbegrenzt seien“ (Ebd., 13). Vorstellungen von der anzustrebenden Überflusgesellschaft vertragen sich schlecht mit einem gegenwärtig entstehenden Problembewusstsein (s. § 1). Steigerungen der Produktion und Produktivität sind ihm zufolge dann nicht zu befürworten, wenn sie zu mehr negativen ökologischen Effekten führen. Und Einbußen an Produktivität und Produktionsmenge sind erforderlich, wenn anders sich nicht die negativen Effekte der bisherigen Arbeitsbedingungen auf die Arbeitenden überwinden lassen. Wir bedürfen beides: Bildung im Sinne von ‚Praxis‘ einerseits, andererseits Zweck-Mittel-Rationalität und Effizienz – nicht nur bei der Notfallversorgung im Krankenhaus und beim eng gekoppelten System wie dem Bahnverkehr. Eine Verringerung der Effizienz und eine Verlangsamung von Innovationen kann befürwortet werden, wenn gesellschaftliche Debatten Zeit brauchen und die Bevölkerung dieses Sich-Zeit-Nehmen (auch für die öffentliche Erwägung und Beratung) als Moment der neuen Lebensqualität wertschätzt. Die nachkapitalistische Wirtschaft ist nicht allein eine möglichst effizient zu gestaltende Bedarfsdeckungswirtschaft, sondern auch selbst ein Bereich menschlicher Entwicklung im Sinne von ‚Praxis‘, deren Mangel sich nicht durch mehr Freizeit (infolge von gesteigerter Produktivität) ausgleichen lässt. Es entstehen insofern gute Gründe dafür, die Produktion *n i c h t* zu steigern. Wer diese Gründe begreift, verabschiedet sich von der Vorstellung, im Sozialismus würden alle Quellen des Reichtums ungehemmt fließen. Damit entstehen Fragezeichen gegenüber der Erwartung eines Überflusses, angesichts dessen Knappheit „kein Thema“ mehr sei. Anders’ Zielvorstellung gleicht einem Schlaraffenland, in dem keine Situationen existieren, bei denen die Entscheidung für Zweck A nicht zu Einbußen bei Zweck B führen könne, weil ohnehin alles im Überfluss existiere. Bei wirtschaftlichen Entscheidungen lautet die Frage: Auf welchen der

verschiedenen Verwendungszwecke wird ein bestimmtes Quantum von Finanzen verwendet, um mit geringstmöglichen Kosten einen größtmöglichen Nutzen zu erzielen? Gewiss kommt in einer nachkapitalistischen Gesellschaft diesem Effizienz-Gesichtspunkt nicht das Primat zu. Daraus folgt aber nicht, eine solche Gesellschaft könnte bei der Verwendung von Finanzen auf diese Rechnungsweise verzichten.

7) Viele befürchten das Nichtzusammenpassen der qualitativ ganz verschiedenen befürwortenswerten Ziele – also etwa z. B. Lebensqualität des Arbeitens und Qualität der Sozialbeziehungen sowie das sozialtechnisch rundlaufende Ineinandergreifen der vielen verschiedenen Momente der gesamtgesellschaftlichen Produktion und Reproduktion. Für die Zuversicht, es könne eine Alternative zum Kapitalismus geben, ist diese Sorge fatal. Wir leben nicht mehr in den frühen 1970er Jahren. Damals bestand in der regierenden SPD ein großer Optimismus, die gesamte Gesellschaft steuern zu können. Viele Linke haben an dieser Meinung angedockt und sie sozialistisch überboten. Heute macht die gesellschaftliche Komplexität eher Angst. Gewiss kennt auch das gegenwärtig dominante Bewusstsein „Probleme“ im Kapitalismus. Aber es befürchtet von einer Entwicklung in Richtung Sozialismus einen weit dramatischeren sozialtechnischen Mangel an Koordination, Responsivität (Fähigkeit, auf Signale einzugehen) und Selbstregulation. Die Erfahrungen mit SU und DDR bestärken die Sorge, das zu erwartende Nichtfunktionieren der (in § 5b genannten) Leistungen eines modernen Wirtschaftssystems bereite mehr Probleme als das Funktionieren der kapitalistischen Ökonomie. Man möchte keine Formen des leidlichen Zurechtkommens mit gesellschaftlicher Komplexität riskieren, solange für sie kein besserer Ersatz in Sicht sei. Freunde einer nachkapitalistischen Gesellschaft bewegen sich in einem Paralleluniversum, solange sie diese Vorbehalte nicht wahrnehmen, geschweige denn auf sie zu antworten vermögen. Faktisch trainieren viele Linke häufig mit entsprechend naiv ausfallenden Vorschlägen („unerträgliche Leichtigkeit“ Kundera) die Abwehrkräfte des in in diesem Absatz beschriebenen Bewusstseins.

8) J.-F. Anders beanstandet an meinen Überlegungen zur nachkapitalistischen Gesellschaft das Fehlen von konkret entwickelten Modellen einer Rätedemokratie und Planwirtschaft.⁹ Wer das für die nachkapitalistische Gesellschaft Entscheidende tendenziell hauptseitig auf der Ebene politischer

⁹ J.-F. Anders unterwirft meine Texte einem Vergleich. Die Thesen von Ernest Mandel und seinen Genossen bilden für Anders den Maßstab. Seine Lektüre meiner Texte orientiert sich daran, Parallelstellen zu den jeweiligen Positionen von Mandel zu finden. Anders vermisst die Punkte, die ihm wichtig sind (z. B. Rätedemokratie), fragt aber nicht, warum sie in meiner Argumentation nicht den gleichen zentralen Platz einnehmen wie in seinem Denken. Anders setzt sich mit den Passagen meines Textes auseinander, die sich auf seine Themen beziehen, stellt diese Passagen aber nicht in den Kontext, in dem sie in meiner Argumentation stehen. Für eine Antwort auf Anders ist es unumgänglich, diesen von ihm ausgeblendeten Kontext darzustellen. Nur so wird auch ein Text möglich, der sich nicht in einer Liste von disparaten Streitpunkten verliert („Hickhack“).

Verfahrensordnungen („Rätedemokratie“, „Planwirtschaft“) verortet, überfordert sie. Im Unterschied zu diesem Politizismus lautet unsere These: Was in einer Gesellschaft „human“ möglich ist, dafür ist entscheidend (Engpassfaktor), wie sich die Mühen der Produktion und Reproduktion bewältigen lassen. a) Wie können in der Arbeit Belastungen und Beschränkungen so weit verringert werden, dass die eigene Verhärtung abnimmt und Empathie für sich und für andere wahrscheinlich wird? b) Wie kommen wir über die Froschperspektive und die Scheuklappen infolge von Arbeitsteilung und Spezialisierung hinaus? Die Reduktion unattraktiver Arbeiten und Tätigkeiten sowie die grundlegende Veränderung der Arbeitsorganisation und -technologie bilden eine zentrale Aufgabe der nachkapitalistischen Gesellschaft. c) Wie schafft es die Bevölkerung, ihre gesellschaftliche Produktion und Reproduktion so zu gestalten, dass die gegenwärtige „Gleichgültigkeit der Konsumierenden und Produzierenden zueinander“ (Marx 1974, 78) überwunden wird? Wie lässt sich ein positiver Bezug der Arbeitenden auf die „Kunden“ und die vom Arbeiten und Konsum mittelbar Betroffenen entwickeln und verallgemeinern? d) Nach dem Motto „Vertrauen (in den Wegfall der Ursachen für die Verselbständigung der Wirtschaft in der nachkapitalistischen Gesellschaft) ist gut, Kontrolle ist besser“ stellt sich die Frage: Wie kann die „Zivilgesellschaft“ Beobachtungsorgane in Bezug auf das Wirtschaften entwickeln? (Zu gegenwärtigen Vorformen vgl. § 1e). Die öffentliche Aneignung („Sozialisierung“) des ökonomischen Wissens und des Wissens um die Voraussetzungen und Nebeneffekte von Produktion, Zirkulation, Distribution und Konsumtion sowie Produkten und Dienstleistungen bildet ein Moment einer Alternative sowohl zu Märkten, die die Welt in voneinander isolierte Kauf-Verkauf-Akte aufspalten, als auch zum Staat, der über das dezentrale Wissen nicht verfügt. (Zu diesbezüglich instruktiven Überlegungen aus Großbritannien vgl. Creydt 2001). e) Ein weiteres Beispiel für die Aufgaben, deren Bewältigung über das Gelingen der nachkapitalistischen Gesellschaft entscheidet, besteht in der Verringerung unattraktiver Arbeit durch Senkung der Nachfrage nach entsprechenden Produkten. E i n e Frage, die sich hier stellt: Wie lassen sich gemeinsame Formen der Nutzung von Dingen durchsetzen? Wie können der nachlässige Umgang mit Gemeineigentum, die Fixierung aufs Privateigentum und das Trittbrettfahrerverhalten zurückgedrängt werden? Die Antworten auf solche Probleme, von denen wir hier fünf exemplarisch herausgegriffen haben, sind dem Nachdenken über die Frage vorausgesetzt, wie politische Institutionen und Verfahren der Wirtschaftslenkung und der Demokratie in der nachkapitalistischen Gesellschaft aussehen können.

9) Die meisten Linken bewegen sich in einem vertikalen Weltbild (unten/oben) und kämpfen gegen diejenigen Gruppen, von denen sie annehmen, sie hätten die Macht, zögen die „Fäden“ und verfügten über ein enormes Vermögen zur Steuerung der Gesellschaft. (Zur eingehenderen Auseinandersetzung damit vgl. Creydt 2019a.) Nicht in den Blick kommt vielfach die horizontale Dimension mit ihren Trennungen und Gegensätzen zwischen den Teilnehmern auf Märkten. Es

handelt sich dabei um die Konkurrenz, das Privateigentum, die Gleichgültigkeit zwischen Produzenten und Konsumenten und die Vereinzelung der konsumtiven Nachfrage. Vgl. a. § 8a-c, e. Diese Momente der horizontalen Dimension ermöglichen erst die Verselbständigung des Geldes und Kapitals gegen die Beteiligten. (Zur Darstellung der einschlägigen Argumentation in Marx' Schriften zum ‚Kapital‘ vgl. Creydt 2000, 119-262). Dieses Thema ist für diejenigen unwichtig, denen es reicht, den „König“ köpfen bzw. die vermeintlich souveränen Machthaber absetzen und die Reichen enteignen zu wollen. Ausgeklammert bleibt in diesem Horizont die langfristig entscheidende Frage, was für eine Entwicklung der benannten Kräfte einer nachkapitalistischen Vergesellschaftung erforderlich ist, „um die Konkurrenz überflüssig zu machen“ (MEW 3, 312). Mangelt es an dieser Entwicklung, so sind Bedingungen anzutreffen, die „die Konkurrenz immer wieder hervorrufen würden, solange würden die beherrschten Klassen das Unmögliche wollen, wenn sie den ‚Willen‘ hätten, die Konkurrenz [...] abzuschaffen“ (Ebd.). „Konkurrenz“ steht hier als ein Moment stellvertretend für die ganze Reihe der oben angesprochenen Trennungen und Gegensätze in der horizontalen Dimension.

10) Die drei Analysen der gegenwärtigen Gesellschaft, der über sie hinausweisenden Kräfte und der nachkapitalistischen Realutopie hängen eng zusammen. Die „Umwälzungsfermente der alten Gesellschaft [...] sind [...] zugleich die Bildungselemente einer neuen“ (MEW 23, 526). Wenn es vielen Linken an der Dreieinigkeit dieser Analysen fehlt, dann orientieren sie sich notgedrungen innerhalb des Horizonts der einzelnen Bewegungen. Daraus folgt z. B., jeweils für etwas geschicktere Überzeugungsarbeit gegenüber der Bevölkerung oder für mehr „Konsequenz“ und „Radikalität“ einzutreten. Der genannte Mangel bildet die Ursache für die Beliebtheit vieler linker Organisationen angesichts sozialer Bewegungen.¹⁰ „Hauptsache Kampf“ scheint das Motto zu sein.

¹⁰ Ein Beispiel: Auf der Titel- und Rückseite des Heftes, in dem Anders' Artikel erschien, prangt in Großbuchstaben der Slogan „Solidarität mit den Kämpfen in Hongkong.“ Mit „Kämpfen“ kann niemand solidarisch sein, gibt es in ihnen doch immer mindestens zwei entgegengesetzte Seiten. Die mit diesem Slogan betitelte Erklärung der französischen Nouveau parti anticapitaliste (ebd., 68) überschreitet nicht den Horizont von Bürgerrechtlern oder den „Kampf für die Grundfreiheiten“ (Ebd.). Es gibt gute Gründe, für Grund- und Menschenrechte einzutreten. Wer sich für eine nachkapitalistische Gesellschaft engagiert, wird nicht die Rolle übergehen, die Bürgerrechte als integrales Moment der bürgerlichen Gesellschaft spielen (vgl. dazu Creydt 2008). Sozialisten fallen nicht hinter Bürgerrechte zurück, wollen aber anderes als Bürgerrechtler. Das ist der NPA-Erklärung nicht anzumerken. Sie macht nicht deutlich, wozu es einer „neuen antikapitalistischen Partei“ bedarf, wenn diese zu Hongkong nur das vorzubringen weiß, was alle anderen Nichtfaschisten und Nichttotalitäre ohnehin schon vertreten: Das Ja zu „Grundfreiheiten“ und den Protest gegen ihre Einschränkung. Zur Ausblendung der Kritik am bürgerlichen Selbst- und Weltverständnis passt auch die Selbstverständlichkeit, mit der Anders bemängelt, in meinen Überlegungen fehle Freud. Wie die bürgerliche Ideologie sich als Grenze von Freuds psychologischer Erkenntnis geltend macht, haben Ute Holzkamp-Osterkamp (Motivationsforschung, Bd. 2), Johann August Schüle (Das Gesellschaftsbild der Freudschen Theorie), Robert Lichtman (Die Produktion des Unbewußten), Robert Castel (Psychoanalyse und gesellschaftliche Macht) und andere analysiert.

Die Devise lautet dann: Es bewegt sich etwas, wir rennen hinterher, sagen etwas *dazu*, versuchen einen guten Eindruck zu machen und neue Anhänger für unsere Organisation zu gewinnen. Angeln lässt sich schließlich in fast jedem Gewässer. Linke unterstützen dann all das, bei dem sich irgendeine, wie auch immer geartete „positive“ Differenz zu „den Herrschenden“ finden lässt¹¹, orientieren sich aber nicht an einer nachkapitalistischen Perspektive bzw. an der das gute Leben im Sinne von ‚Praxis‘ verwirklichenden Vergesellschaftung. Um sie zu profilieren ist es notwendig, so weit wie heute möglich, darzulegen, inwiefern es sich nicht um wirklichkeitsfremde Phantasterei, sondern um eine Realutopie handelt.

Literatur:

- Anders, Johann-Friedrich 2019: Besprechung: Was kommt nach dem Kapitalismus? In: Die Internationale, H. 5. Köln (Besprechung von Creydt 2019) <https://www.inprekorr.de/574-creydt.htm>
- Ax, Christine 2009: Die Könnensgesellschaft. Berlin
- Baumann, Max-Otto 2014: Die schöne Transparenz-Norm und das Biest des Politischen: Paradoxe Folgen einer neuen Ideologie der Öffentlichkeit. In: Leviathan, 42. Jg., H. 3
- Bechmann, Gotthard; Gloede, Fritz 1991: Erkennen und Anerkennen: Über die Grenzen der Idee der ‚Frühwarnung‘. In: Petermann, Thomas (Hg.): Technikfolgen- Abschätzung als Technikforschung und Politikberatung. Frankfurt M.
- Cockshott, Paul 2008: Einem neuen Sozialismus entgegen. In: Oliver Ressler (Hg.): Alternative Ökonomien, alternative Gesellschaften. Wien
- Creydt, Meinhard 2000: Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit. Frankfurt M.
- Creydt, Meinhard 2001: Partizipatorische Planung und Sozialisierung des Marktes. Aktuelle Modelle in der angelsächsischen Diskussion. In: Widerspruch (Zürich), Bd. 40, 2001. Andere Varianten in: Marxistische Blätter 3/2001, Volksstimme (Wien), 45/2000, Berliner Debatte Initial 3/ 2000¹²
- Creydt, Meinhard 2008: Demokratie als Form. Teil 2. In: Streifzüge, Nr. 42. Wien
- Creydt, Meinhard 2014: Wie der Kapitalismus unnötig werden kann. Münster
- Creydt, Meinhard 2016: 46 Fragen zur nachkapitalistischen Zukunft. Erfahrungen, Analysen, Vorschläge. Münster
- Creydt, Meinhard 2017: Die Armut des kapitalistischen Reichtums und das gute Leben. München
- Creydt, Meinhard 2018: Auseinandersetzung um Konzepte der nachkapitalistischen Gesellschaft.
- Creydt, Meinhard 2019: Was kommt nach dem Kapitalismus? Hg. von Helle Panke/RLS Berlin
- Creydt, Meinhard 2019a: Krysmanskis Geschichten von tausend und einer Jacht. Zentrale Fehler regressiver Kapitalismuskritik. In: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft, August 2019
- Dörner, Dietrich 1992: Die Logik des Mißlingens. Strategisches Denken in komplexen Situationen. Reinbek bei Hamburg
- Fischbach, Rainer 2016: Mensch – Natur – Stoffwechsel. Versuche zur Politischen Technologie. Köln
- Fischbach, Rainer 2017: Die schöne Utopie. Paul Mason, der Postkapitalismus und der Traum vom grenzenlosen Überfluss. Köln
- Fischbach, Rainer 2017a: Gegen eine Politik des Wünsch-Dir-was: Die Linken sollten nicht alle denkbaren utopischen Erwartungen auf eine imaginäre „Digitalisierung“ projizieren. Neues Deutschland, 12.8.2017

¹¹ Schon früh (IKD 1970, 35-40) wurde an Mandels Anhängern, in deren Tradition die Zeitschrift „die internationale“ steht, moniert, sie würden i h r e Hoffnungen in allerhand Bewegungen und Regierungen projizieren (Tito, Ben Balla (erster Staatspräsident Algeriens), Castro, die guevaristischen Guerillagruppen in Lateinamerika) und deren Grenzen hofferisch ausblenden. Vgl. a. <http://www.rsb4.de/content/view/1888/85/> Diese Vorgehensweise kann als einfaches Gegenteil zum Sektierertum gelten. Es gibt sowohl gute Gründe dafür, es vermeiden zu wollen, als auch legitime Vorbehalte gegen eine problematische Kritik am „Sektierertum“. Letztere hat „in den meisten Fällen nicht unsere schwache, sondern ausgerechnet unsere starke Seite im Sinn: unsere Ernsthaftigkeit gegenüber der Theorie; unser Bemühen, jede Situation bis in ihre tiefsten Niederungen auszuloten [...]; unsere Feindseligkeit leichten und bequemen Entscheidungen gegenüber, die uns vielleicht heute unserer Sorgen entheben mögen, dafür aber die Katastrophen von morgen vorbereiten“ (Trotzki: Zentrismus, Sektierertum und die IV. Internationale, 22. 10. 1935).

¹² Meine Artikel finden sich auf www.meinhard-creydt.de

- Hamel, Hannelore 1974 (Hg.): Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien. München
- Haug, Wolfgang Fritz 1993: Muß man den Stalinismus von Marx her denken? In: Determinanten der post-kommunistischen Situation. Hamburg <http://www.wolfgangfritzhaug.inkrit.de/documents/stalinismusundmarx1992.pdf>
- Hayek, Friedrich A. 1991: Der Weg zur Knechtschaft. München
- IKD (Internationale Kommunisten Deutschland) 1970: Marxismus oder Empirio-Dogmatismus. Westberlin
- Imhof, Werner 2002: „Un syndicalisme différent“. In: express, Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, H. 4 <http://www.labournet.de/express/index.html>
- Imhof, Werner 2005: Was heißt Selbstaufhebung des Proletariats?
http://www.trend.infopartisan.net/trd0306/selbstaufhebung_des_proletariats_von_werner_imhof.pdf
- Kevenhörster, Paul 1974: Das Rätssystem als Instrument zur Kontrolle politischer und wirtschaftlicher Macht. Opladen
- Kleinewefers, Henner 1985: Reformen für Wirtschaft und Gesellschaft. Utopien, Konzepte, Realitäten. Frankfurt M.
- Mai, Karl 2006: Zur ‚Mangelwirtschaft‘ in der DDR. Versuch einer systemtheoretischen Nachbetrachtung.
<http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m2406.pdf>
- Maiminas, J. 1968: Das Problem des Aufbaus automatisierter Leitungssysteme in der Wirtschaft. In: Nemtschinow.
- Wassili S. (Hg.): Informationsströme in der Wirtschaft. Berlin DDR
- Mandel, Ernest 2000: Macht und Geld. Eine marxistische Theorie der Bürokratie. Köln
- Mats, Rüdiger 2017: Termiten aller Länder, vereinigt euch! In: Konkret 1/2017
<https://ruediger-mats.jimdofree.com/texte/termiten-aller-1%C3%A4nder-vereinigt-euch/>
- Marx, Karl 1974: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin (DDR)
- Masuch, Michael 1981: Kritik der Planung. Darmstadt
- Pappenberger, Florian; Cloke, Hannah 2019: Zum Stand der Technik in der Wettervorhersage. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 55/2019
- Pfriem, Reinhard 2011: Eine neue Theorie der Unternehmung für eine neue Gesellschaft. Marburg
- Schäfer, Jakob 2019: Rätedemokratie, was sonst? <https://intersoz.org/raetedemokratie-was-sonst/>
- Schaupp, Simon; Jochum, Georg 2019: Die Steuerungswende: Wirtschaftsplanung im digitalen Zeitalter. In: Luxemburg, H. 3
- Thie, Hans 2013: Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft. Hamburg
- Weiß, Ulrich 2009: Zur Zeitbezogenheit marxistischer Kommunismusvorstellungen. In: Helle Panke/RLS Berlin (Hg.): Pankower Vorträge, Nr. 139. Berlin <https://wadk.de/wp-content/data/ulrich-weiss-kommunismusvorstellungen.pdf>
- Willke, Helmut 1997: Supervision des Staates. Frankfurt M.